

|                                      |                |                                      |
|--------------------------------------|----------------|--------------------------------------|
| NIEDERSCHRIFT<br><br>Stadt Karlsruhe | Gremium:       | 62. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b> |
|                                      | Termin:        | 1. Juli 2014, 15:30 Uhr              |
|                                      |                | öffentlich                           |
|                                      | Ort:           | Bürgersaal des Rathauses             |
|                                      | Vorsitzende/r: | Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup  |

26.

**Punkt 24 der Tagesordnung: Öffentliche Information über den aktuellen Stand des Hochwasserschutzes in Karlsruhe und über die zukünftigen Vorhaben am Rhein (Planfeststellungsverfahren Hochwasserrückhalteraum Bellenkopf/Rappenwört)**

**Antrag der Stadträte Lüppo Cramer und Dr. Eberhard Fischer, der Stadträtin Margot Döring (KAL) sowie der KAL-Gemeinderatsfraktion vom 12. Mai 2014  
Vorlage: 2014/0622**

**Beschluss:**

Zustimmende Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

**Abstimmungsergebnis:**

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 24 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadtrat Dr. Fischer (KAL):** Das Wissen über den Hochwasserschutz in Karlsruhe ist vertieft bei den Menschen, die direkt am Rhein leben oder dort irgendwelche Nutzungen haben. Das geht auch aus der Antwort der Verwaltung hervor. Klar, die Kanuvereine haben sich darüber informiert, Bürger in Daxlanden, die im Tiefgestade ihr Haus haben, werden sich informiert haben etc.

Das, was da geplant ist als Hochwasserschutz, hat nicht nur Einfluss auf die direkten Anlieger, sondern kann möglicherweise jeden Karlsruher treffen - sogar die Bergdörfer, wenn ich jetzt einmal nach links schaue. Falls die Bürger von dort oben ins Rappenwörtbad am Rhein gehen, vertieft sich das Problem. Dann wird klar: Hier ist noch sehr viel Information notwendig.

Ich habe auch aus vielen Gesprächen gemerkt, dass das als Thema noch nicht in den Köpfen der Karlsruher angekommen ist, was hier ansteht. Wenn ich dann nachforsche und recherchiere, dann merke ich auch: Bisher ist es sehr stark für Fachleute, für eine

Fachöffentlichkeit oder für direkt Betroffene, die sich selber schon schlau gemacht haben, kommuniziert worden.

Das heißt, unser Antrag geht in die Richtung, einmal wirklich darüber zu informieren, was bedeutet es, wenn z. B. die Hermann-Schneider-Allee - das bringe ich jetzt einmal als Beispiel - höher gelegt wird. Was hat das auf das Gesamtbild einer Landschaft für einen Einfluss? Oder wenn Spundwände mitten im Auenwald stehen, die 2,20 m aus dem Boden ragen? Spundwände, die sich mittlerweile jeder Karlsruher gut vorstellen kann, denn er bekommt jeden Tag auf irgendeiner der Baustellen in Karlsruhe Spundwände vorgestellt. Das ist unser Petitem. Darum geht es uns.

Wir wollen es ergänzt haben um eine Hohlinformation, nämlich um eine Website, die ihren Namen "Informationswebsite" wirklich auch zu Recht trägt, wenn das RP darauf verweist, dass sie eine Website haben. Ich habe in meinem Antrag schon geschrieben, dass es die gibt. Aber wenn Sie da draufgehen, dann müssen Sie Fachmann sein, um es zu verstehen. Ich erinnere mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten hier einen 3 cm/4 cm dicken Stapel abzuarbeiten, als es um das Thema Hochwasserschutz ging. So ungefähr ist es auch dargestellt im Internet. Es ist aber nicht so, wie es die Bürger brauchen, damit sie sich für ein Thema auch wirklich interessieren. Ein Thema, das sie aber möglicherweise von Stupferich bis Knielingen betrifft.

Aus dem Grund war unser Antrag. Wir sind damit einverstanden, wenn das erst 2015 käme. Aber uns ist wichtig, dass die Richtung dann so geht, dass das dann keine Infoveranstaltung nach Schema F ist, dass vorne drei Experten vom RP sitzen und sich auslassen, sondern dass das gut aufbereitet ist, auch für Laien visualisiert - so wie man es auch bei Architekturwettbewerben macht - zu zeigen, wie sich eine Landschaft verändert, wenn bestimmte Maßnahmen tatsächlich so ergriffen werden. Denn möglicherweise wird dann ein Mehrheit sagen: Nein, das wollen wir so nicht. Diese Chance muss man den Bürgern geben und die Information muss man ihnen liefern.

Unser zweiter Antrag ist das mit der Website. Da habe ich gar nichts darüber gelesen, ob da was angedacht ist. Da würde ich um eine Information bitten, ob man sich als Stadt oder im Verbund mit dem RP oder der zuständigen Behörde etwas vorstellen kann oder nicht.

(Beifall bei der KAL)

**Der Vorsitzende:** Ich kann Ihnen zusagen, dass wir diese Wünsche ans Regierungspräsidium weitergeben. Das Regierungspräsidium muss zu gegebener Zeit neu informieren, weil sich aus verschiedenen rechtlichen Erwägungen und auch aufgrund der Diskussion doch noch die eine oder andere Änderung an dem Vorhaben ergeben könnte. Ich will das so vorsichtig formulieren. Wir werden auch unsere eigene Stellungnahme an der einen oder anderen Stelle selbst überarbeiten, weil es mittlerweile Rechtssprechung an anderen Orten gegeben hat, die jetzt eingearbeitet werden muss. Ich habe deswegen selbst zwei Moderationsgespräche mit dem Regierungspräsidium und den Umweltverbänden geführt. Wir haben an bestimmten Punkten etwas andere Betrachtungsebenen gefunden, als das bisher von städtischer Seite aus betrachtet wurde, auf der Grundlage zum Teil veränderter Rechtssprechung.

Ich finde es sinnvoll - das nehme ich gerne auf -, dass diese Informationsveranstaltung dann so gestaltet ist mit Visualisierungen, dass man dann mit den entsprechenden Informationen auch etwas anfangen kann. Ich würde auch die Aufgabe eher beim Regierungspräsidium sehen, hier über eine Informationssammlung im Netz den Zugang zur Information zu ermöglichen. Das würde ich dann gerne auch im Vorfeld dieser Veranstaltung dort einspeisen.

Wenn Sie mir diese Vorgehensweise so akzeptieren würden, dann sollten wir so verfahren. Falls wir feststellen, dass Ihrer Vorstellung von Information an die Bürgerschaft damit nicht ausreichend Rechnung getragen ist, können wir es hier noch einmal etwas niedrigschwelliger thematisieren und schauen, was vielleicht noch nötig ist. Insgesamt habe ich den Eindruck, dass es eine sehr komplizierte Materie ist, dass es aber gerade in diesem Bereich eine sehr intensive Diskussion zwischen allen gegeben hat, die sich irgendwie als Betroffene in diesem Diskussionsprozess fühlen. Das waren doch schon eine ganze Menge: die Vereine, die Naturschutzverbände, die Verkehrsbetriebe, die Stadtwerke. Alle waren aus meiner Sicht sehr umfangreich eingebunden. Aber bessere Information ist immer besser als nicht so gute. Von daher können wir das auch immer gerne weiter verbessern.

Sie stimmen dem so zu?

**Stadträtin Lisbach (GRÜNE):** Vielleicht noch kurz eine Ergänzung. Mit dem Verfahren sind wir so auch einverstanden. Wir sind gerade auch an einem Zwischenbericht interessiert, was sich seither getan hat und welche Überlegungen es jetzt gibt. Wir hatten durchaus auch ein paar Änderungsvorschläge eingebracht, gerade im Bezug auf Höherlegung der Hermann-Schneider-Allee, die wir nicht wollten. Wir meinten, man kann auch möglicherweise auf die Ertüchtigung des Hochwasserdamms verzichten, der dann keine Funktion mehr hat.

Ganz wichtig ist uns das Thema - das hatte auch Herr Dr. Fischer schon angesprochen: Landschaftliche Einbindung der Maßnahme, weil wir gerade da den Eindruck haben, dass die Bevölkerung nicht so recht weiß, was auf sie zu kommt, wenn dann da draußen plötzlich lauter Spundwände in der Landschaft stehen. Da möchten wir anregen, dass man auch eine Visualisierung draußen in der Landschaft macht, dass man da wirklich einmal Lattengerüste aufstellt und den Leuten, die dort spazieren gehen, anschaulich macht, was diese Maßnahmen bedeuten, die im Augenblick geplant sind. Denn da haben wir den Eindruck, gibt es noch ganz große Informationsdefizite.

Vielleicht können Sie das auch in die Überlegung mit einbeziehen. Das müsste wahrscheinlich die Stadt machen, das wird das Regierungspräsidium nicht machen. Das wäre ein Wunsch von uns, dass man sich damit noch einmal befasst.

(Beifall bei den Grünen)

**Der Vorsitzende:** Ich gehe davon aus, dass bei einer solchen Informationsveranstaltung auch die Stadt mit am Tisch sitzt und eingebunden ist. Dann würden wir solche Visualisierungen oder Darstellungen versuchen deutlich zu machen. Es ist aber auch

wichtig, dass wir den aktuellen Planungsstand darstellen und nicht den Eindruck erwecken, die Diskussion wird wieder von vorne geführt. Denn eigentlich gab es eine Grundsatzentscheidung des Gemeinderates in der Vorzeit. Bei der Hermann-Schneider-Allee gibt es z. B. auch ökologische Gründe, die für eine relativ hohe Höherlegung sprechen. Da ist das alles sehr differenziert. Aber wir werden es dann im Rahmen dieser offiziellen Information machen.

Mir ist wichtig, dass das Regierungspräsidium federführend ist, denn die sind die Behörde, die im Moment diese Sache weiterverfolgt. Die muss dann wieder zu gegebener Zeit informieren.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
25. August 2014